

Vorschläge für die Organisation des Wohnungsbaues. Von Stadtbaumeister Karl Erbs.

Vorberemerkung: Obwohl man sich über den Wohnungsbaubau, wie Baudirektor Schuhmacher einmal geschrieben hat, eigentlich nur noch in Form dicker Bücher unterhalten kann, sei nachstehender Versuch gewagt, auf gedrängtem Raume hierüber eine Betrachtung anzustellen.

Verständlich wird es sein, wenn über vieles hinweggegangen wird, weil es sich im Rahmen einer Zeitschrift nicht darum handeln kann, erschöpfend zu sein. Der Zweck dieser Zeilen ist vielmehr der, von der Wirkung der jetzigen Maßnahmen ausgehend, zum Teil schon von anderer Seite gemachte Vorschläge anzuschließen und zum Nachdenken anzuregen, ob sich auf diesen neuen Grundlagen die Errichtung einer größeren Zahl von Wohnhaushalten durchführen läßt.

Da es sich bei der nachfolgenden Abhandlung um einen Versuch handelt, der noch weiter anstreifen sollte, aber trotzdem dies nicht geschehen konnte, aus zwingenden Gründen schon jetzt veröffentlicht wird, darf nachsichtige Beurteilung erbeten werden.

Im Leben des Einzelnen wie auch der Volksgemeinschaft gibt es Wendepunkte, die Rückblicke und Ausblicke nahelegen. Auch die Wohnungsfrage bedarf inmitten des fast verwirrenden Gedankenumfanges einer solchen kurzen Atempause, um zu innerer Klarheit zu kommen, das Alte zu erkennen, was davon nutzbar scheint, wieder zu verwerten und die neueren Bestrebungen auf ihren Gehalt zu prüfen. Je nüchterner und sachlicher wir unsere Betrachtungen anstellen, je weniger wir uns von irgendwelchen Parteigrundsätzen leiten oder von Interessentengruppen beeinflussen lassen, desto ergiebiger wird ein solcher Rundblick sein.

An den Anfang wird man, wie ein guter Kaufmann es zu tun pflegt, die wirtschaftlichen Vorgänge stellen und sich vor allem Aufschluß darüber zu geben suchen, wie es gekommen ist, daß die Wohnungsfrage vor dem Kriege die fast alleinige Aufgabe privater Kreise blieb, warum sich denn eigentlich damals der Staat, die großen Versicherungsgesellschaften oder die Gewerkschaften der Wohnungsfrage nicht mehr angenommen haben. Aus dem Vierterlei der allein bei dieser Frage auftauchenden Zusammenhänge werden folgende Hauptursachen für das Versagen des Staates in der Zeit vor dem Kriege anzuführen sein:

1. Die allgemeine politische Lage Deutschlands vor dem Kriege, mit starken Rechts- und Linksparorien, die entweder nur großdeutsche Ziele, zeitweise verbunden mit beruhigenden Maßnahmen im Innern, oder aber nur internationale Ziele, mit agitatorischer Auswirkung, verfolgten, die engeren Volksnotwendigkeiten im Lande aber trotz der Warnrufe von Fachleuten vernachlässigten.
2. Die Schwerfälligkeit der Staatsorgane bei Durchführung von Bauten mit ihrer engherzigen, indem folschen Zugriff abholden Geschäftsführung, die der kaufmännischen und oft auch technischen Gewandtheit der Privatkreise nicht gewachsen war und es deshalb gar nicht erst zu versuchen brauchte, dem privaten Unternehmertum das Arbeitsfeld streitig zu machen.
3. Das mangelnde Interesse der Volksgenossen für die Linderung der eigenen Wohnungsnot.

Die Ursachen zu 1. sind infolge der weltpolitischen Umwälzung abgeschwächt. In allen erstnahten Kreisen denkt man heute mehr als früher an den Ausbau des Landes und zeigt sich geneigt, extreme Forderungen zurückzustellen. Von dieser Seite aus betrachtet, ist also heute der Weg für den Wohnungsbau geöffnet. Bedenken anderer Art wirken dafür heute wieder hemmend; besonders dann, wenn die Parlamente vor der Höhe der für den Wohnungsbau notwendigen Summen zurückschrecken und dann, wie es z. B. bei der Wohnungsbaubankgabe ist, die Mittel erst bewilligen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung die lange überlebten Beschlüsse bereits überholt hat.

Zu rechten Zeit unumgänglich notwendige Ausgaben machen, heißt halt immer noch sparen.

Die unter 2. angeführten Ursachen, Behinderung der Wohnungserstellung durch die Schwerfälligkeit des Staates, bestehen heute weiter. Außer der schon erwähnten langsamen Bereitstellung der Mittel durch die Parlamente ist die Zusammenfassung

der Maßnahmen bei den Ländern und Regierungen und der damit verbundene Instanzenzug von Nachteil.

Die Wohnungserstellung und Finanzierung der jetzigen Art ist einem neuen, schnell zu Großfirmen gewordenen Geschäft mit vielen Filialen vergleichbar, nur mit dem Unterschiede, daß im Geschäft sei es durch das Gefühl der Selbständigkeit, sei es durch Gewinbeteiligung, sei es durch sonstige fördernde Umstände — das Interesse aller Beteiligten wachgehalten und deshalb lauffähiger behandelt werden kann.

Wenn man diesen „Fiktionalen“ Selbständigkeit in großem Ausmaß gibt, dürfte der Erfolg besser werden, das Ziel, die Errichtung zahlreicher Wohnheimstätten schneller erreicht werden können.

Neben dieser Behinderung der Wohnungserstellung durch den Instanzenzug sind es jedoch vor allem wirtschaftliche Hemmnisse, die uns zu rechter Arbeit nicht kommen lassen. Die Beseitigung der Wohnungsnot durch Erstellung von Wohnungen wird gewissermaßen aktiv gelehrt

1. Durch die Geldnot (Gegensatz Mietwert — Bankkapital und auch durch Geldknappheit an sich).
 2. Durch Baustoffmangel, oft auch durch Baustoffmangel.
 3. Durch unrentable Betriebsführung, schlappende Bauausführung und dergleichen.
 4. Durch den Bauarbeitermangel. (Nicht immer gewährleistet Winterarbeit schreckt häufig von Berufe ab.)
 5. Schwierigkeiten bei der Baubandbesetzung.
- Die Behebung der Wohnungsnot wird gewissermaßen passiv gelehrt

1. Durch allfälligen Zustrom von neu Verheirateten (wegen Fortfall der Militärdienstpflicht und Verheiratung oft im jugendlichen Alter).
2. Gesteigerte Anforderung von größerem Wohnraum seitens der Suchenden (weil Miete, auch der größeren Wohnungen, meist nur einen unbedeutenden Anteil vom Arbeitslohn darstellt).
3. Verschlöße unbrauchbar gewordener Wohnungen (weil Instandsetzungsquoten nicht, wie es zur Bestreitung der Instandsetzungskosten unumgänglich nötig ist, irgendwie an das tarifmäßige Lohn des Ortes gebunden, sondern außerdem unzureichend in Prozentsätzen reglementarisch von oben dosiert werden und regelmäßig überholt sind, ehe sie zur Erhebung gelangen).
4. Durch Zustrom vom Lande zur Stadt, und durch Zustrom von Pflichtlingen aus besetzten und abgetretenen Gebieten. In engerem oder lockerem Zusammenhang mit diesen Überlegungen seien nachstehend neue Vorschläge entwickelt.

Die Unversichtigkeit ist wohl eine Ursache der Geldnot, aber nicht die Hauptsache. Das Privatkapital hält sich auch deshalb vom Wohnungsbau fern, weil Grundstockhypotheken im Verhältnis der Geldentwertung an Wert einbüßen und weil es vorteilhafter Möglichkeiten der Geldanlage gibt, nämlich, das Geld werthaltiger anzulegen oder es aber zur Spekulation zu benutzen. Es wird berechtigt sein, anzunehmen, daß auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die letzten zwei Möglichkeiten für private Geldgeber den stärkeren Anreiz behalten. Wer etwa einwenden wollte, daß doch auch vor dem Kriege Geld für die Errichtung von Klein- und Mietswohnungen vorhanden gewesen sei und daß, sobald der Bau verzinslicher Wohnungen gefördert werde, auch die Geldfrage gelöst werden würde, übersieht die Entwicklung unserer Wirtschaft. Wir werden mit jeder Woche ärmer und sind nur mit großen Anstrengungen imstande, vom Auslande das Nötigste, seien es Rohstoffe, seien es Waren, zu laufen. Die meisten Geschäftsleute sehen heute trotz aller gerechelten Schwärme ihre Vermögenssubstanz mehr und mehr schwinden. Erwartungen, die sich an die zu erhöhende Mobilisierung des einheimischen Privatkapitals für Wohnungsbauzwecke bei Aufhebung der Zwangswirtschaft klammern, dürften also, solange es unserer Wirtschaft nicht wesentlich besser als heute geht, bitter enttäuscht werden.

Aber auch im günstigsten Falle würde der sogenannte „Strohmann“, der die Hausbauten vor dem Kriege zu finanzieren pflegte, noch viel mehr unter die Hörigkeit der Großgeldgeber geraten, als es früher der Fall war, und die Mieter würden sich — weil sie die dem Goldmarkstand angepaßte Miete nicht zahlen könnten — mit ihren oft menschenunwürdigen Wohnungen abfinden; aber diesen Raubbau an der Volksgesundheit werden wir uns doch wohl versagen müssen, zumal die Kriegs- und Nachkriegsein-

winkungen uns um unsern Nachwuchs schon sehr besorgt machen. Also lassen wir vorläufig alle Hoffnungen auf die freie Wirtschaft beiseite. Wir haben ja auch am siegreichen England, das unter Lloyd George die freie Wohnungswirtschaft einführt, ein wackeres Beispiel. Allein drei Mitglieder des damaligen englischen Kabinetts mußten gehen, weil sich sogar im Lande des Siegers die freie Wirtschaft im Wohnungswesen nicht durchsetzen konnte.

Wie aber für die heutigen Wohnungsbauten im nötigen großzügigen Ausmaß Geld beschaffen, da die Wohnungsbauabgabe versagt hat, infolge unzureichender Mittel nur eine so geringe Zahl von Wohnungsbauten ermöglicht, daß einem der ganze, deshalb in Bewegung gesetzte Apparat von den Parlamenten angefangen bis zu den Gemeindebehörden und zu den ausführenden Organen herunter nur dauern kann? Ohne Untreue werden auf diesem Wege Gelder der Mieter zur Entwertung geführt. Man überlasse die Wohnungsbaubatte in der jetzigen Form den Gemeinden zur Erhaltung des Hausbestandes, ternere zu Wohnungsbauten, Wohnungsstellungen und dergleichen, beschaffe Dachsteine zu Dachreparaturen, Teer und Pappe zu Pappdächern, Ofenkacheln, Firnis zu Innenreparaturen und dergleichen sonst notwendiges Instandsetzungsmaterial, rechne im übrigen aber nur solange mit der Wohnungsbaubgabe als Einnahme, solange der Staat sie zur Tilgung seiner aufgenommenen Baudarleihschulden oder zur Angleichung der Altmieten an die Neumieten nicht entnehmen kann und strebe die Goldbeschaffung zum umfassenden Wohnungsbau auf andere Weise.

Da der Hauptanteil der alljährlich neu hinzukommenden Wohnungsuchenden aus Jungverheirateten besteht, muß man, wenn man die Wohnungsnot beheben will, vorerst auch diesen Zustrom zu mindern suchen, deshalb Mittel aus diesen Kreisen beschaffen und sie auch bestmöglichst zur Behebung der Wohnungsnot dieser Kreise verwenden. Am wirksamsten geschieht dies durch Erhebung einer Jungmannsteuer in der Weise, daß etwa 10 v. H. vom Einkommen aller jungen Leute männlichen Geschlechts von 18 bis 28. Jahre an den Arbeitgeber zu zahlen und von diesem allmonatlich an die verwaltende Stelle (provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaften in Verbindung mit den Gemeinden) abzuführen wären. Der Ertrag dürfte sich bei zurzeit fünf Millionen Ledigen und einem Jahresverdienst von je zurzeit 20—30 Millionen auf 5 000 000 · 2 000 000 = 10 000 Milliarden pro Jahr belaufen. Dieser Betrag müßte von den verwaltenden Stellen

a) zum Zwecke der Steigerung der Baustoffherzeugung verwendet werden, (Erwerb von stillgelegten Baustoffherzeugungsstellen, geeignete Neuerrichtung, Einrichtung von Betriebswasserkraftanlagen, Erwerb bzw. Zwangspachtung abzuholender Wälder.)

Schätzungsweise würden sich auch heute noch auf diese Weise 250 bis 300 Großbaustoffherzeugungsstellen in Betrieb setzen oder schaffen lassen, die uns die Baustoffherzeugung und Verbilligung sicherstellen.

b) Vom zweiten Jahre an würden die Mittel der Jungmannsteuer zur Errichtung von Jungmannwohnungen dienen können.

Mit 10 000 Milliarden lassen sich alljährlich, da ja der Steuerertrag mit den Löhnen, also in runder Summe auch mit den Baukosten, steigt und fällt, 50 bis 60 Tausend Kleinwohnungen, die bei Nachlassen der Wohnungsnot durch Zusammenlegen vergrößert werden könnten, errichten. Gewiß keine Zahl, die dem Zustrom an Jungverheirateten voll entspricht, aber diesen Kreisen wenigstens in absehbarer Zeit die Aussicht eröffnet, zu einer Wohnung zu kommen. Ob Zuteilung der Wohnungen oder Auslosung in Frage kommt, etwa in gestaffelter Weise nach dem Lebensalter, oder ob man jedem Jungmann nach Zahlung eines gewissen Betrages eine Wohnung zusichert, ist eine Frage, die später gelöst werden könnte.

Einwendungen gegen diesen Vorschlag, zum Beispiel, daß wir an Stelle des jetzigen Instanzenzuges mit den „bürokratisierten“ Baustoffherzeugungsstellen beglückt werden würden, sind zu erwarren, werden aber von allen denen, die den Mißbrauch mit Baustoffen beobachtet haben, nicht als berechtigt anerkannt werden. Konkurrenz wird auch hier zuvörderst zur gewissenhaften Kalkulation und schließlich zu einer gewissen Preisstabilisierung im Rahmen des Geldwertes führen. Natürlich ist auch hier die Personenfrage wichtig. Denkt man sich die Verwaltung möglichst selbständig in den Händen von idealen, geschäftstüchtigen und

arbeitsfrohen Männern, die es auch heute noch gibt, nicht zuletzt bei den Wohnungsfürsorgegesellschaften, dann kann erwartet werden, daß die Nutzwirkungen, besonders auch durch Vermehrung an Baustoffen, befriedigen. Daß nach diesem Vorschlage die jungen Leute einem gewissen Sparzwange unterworfen, mit den Steuer-einnahmen nicht nur Wohnungen, sondern auch Werte — Großbaustoffherzeugungsstellen — geschaffen werden, die auch nach Ablauf der Wohnungsnot zugunsten der Allgemeinheit Nutzen abwerfen können, kann nur als ein weiterer Vorteil angesehen werden, der „volkskraftvermehrend“ wirkt.

Ein Rohentwurf zu den zu schaffenden gesetzlichen Unterlagen ist im Anhang beigegeben. (Fortsetzung folgt.)



Verschiedenes.

Der Bezugspreis

regelt sich jetzt laut Postgesetz nach Grundpreis vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Buchhandels. Die Schlüsselzahl wird in jeder Nummer bekanntgegeben.

Die Auswirkung der Löhne und der Materialien in der zweiten Augushälfte war so katastrophal, daß es uns nicht mehr möglich war, im voraus den Bezugspreis zahlenmäßig richtig anzugeben. Um aber über die schwere Krise hinüberzukommen, müssen wir einen Bezugspreis festsetzen, mit dem wir die reinen Unkosten für Satz, Druck, Papier und sonstige Auslagen annähernd decken können. Wir bitten deshalb, die für September bereits gezahlten Vorschüsse von rund 100 000 Mark noch auf den August verrechnen zu dürfen; denn selbst dabei erreichen wir noch nicht unsere Selbstkosten.

In Anbetracht der sich immer noch weiter entwickelnden Verhältnisse bitten wir den

Bezugspreis für September umgehend einzusenden.

Er beträgt: Grundpreis 50 Pf.

Schlüsselzahl zurzeit 100 000 = 800 000 Mark.

Spätere Einzahlungen werden mit dem am Tage des Zahlungsempfanges maßgebenden Schlüsselzahl berechnet.

Die Kosten für Nachnahmen betragen zurzeit rund 200 000 Mark und bitten wir dringend, diese zu vermeiden, denn sie stehen nicht im Verhältnis zur Zahlung.

Abstellungen können nur bis zum 8. des letzten Vierteljahresmonats entgegengenommen werden.

Der Verlag.

Die allgemeine Lage im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie. Nach den Mitteilungen im Reichsarbeitsblatt hat die Belegung der Bautätigkeit im Berichtsmonat weitere Fortschritte gemacht. Der Grund hierfür dürfte in dem Bestreben der bauausführenden Kreise zu suchen sein, Bauten so schnell wie möglich vor neuen Teuerungswellen unter Dach und Fach zu bringen, keineswegs ist die Belegung jedoch etwa als Beginn einer eudglütigen Gesundung auf dem Gebiete des Baumarktes zu bewerten. Abgesehen von den besetzten Gebieten hält die gute Beschäftigungsmöglichkeit in fast allen Bezirken und Berufen an. Teilweise liegt sogar Mangel bzw. ungedeckte Nachfrage nach Mauern vor. Von den sonstigen Bauberufen waren gesucht Ofen-setzer in der Grenzmark (Schneidmüll), Stukkateure in Berlin, Steinsetzer und Dachdecker im Freistaat Sachsen und Gipser in Württemberg.

In der Baustoffindustrie kann soweit aus den wenigen eingelaufenen Berichten zu entnehmen ist, die Arbeitslage als nicht einheitlich bezeichnet werden. Immerhin scheint eine Besserung zu überwiegen, so wird für Schlesien und den Berliner Bezirk über gute Beschäftigung berichtet; ebenso erscheint die Lage in der Freistaaten Lippe und Württemberg (hier besonders für den Ziegeleibetrieb wie für Kalk und Zementwerke) günstig.

Die Ziegeleibetriebe waren nach den Berichten überall gut beschäftigt. In der Dachpappeindustrie hat sich dagegen der bereits im Vormonat beobachtete Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit im Berichtsmonat weiter verschärft. de.

Die Reichsschlüsselzahl vom 20. August, die mit 753 733 in voriger Nummer mitgeteilt wurde, ist falsch errechnet und jetzt vom Statistischen Amt berichtigt worden. Die Steigerung im Vergleich zur Vorwoche beträgt nicht 72,5 v. H., sondern nur

54 v. H. Das entspricht einer Ziffer von 672 880. Am 27. August betrug der Reichsindexziffer 118343.

Veranstaltungen.

Die Vereinigung deutscher Wohnungssätter hält ihre diesjährige ordentliche Mitglieder-Versammlung am 20. und 21. September in Nürnberg ab. Als Gegenstand der Tagesordnung sind vorläufig die Behandlung der Frage der Zwangswirtschaft, der Finanzierung der Neubauten und der Erhaltung des alten Wohnungsbestandes vorgesehen. Ferner sollen praktische Fragen hinsichtlich der Durchführung der Wohnungsmangelgesetzes und des Reichsmietengesetzes, sowie der Wohnungsaufsicht zur Verhandlung kommen. Zu den öffentlichen Hauptversammlungen sind auch Gäste willkommen. Die Geschäftsstelle der Vereinigung befindet sich in Berlin W 50, Augsburgs-Str. 61.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Versammlung auch zu der Überzeugung kommt, daß wir mit unserer jetzigen Wohnungspolitik gründlich aufräumen müssen und endlich nach einem neuen Weg suchen, der uns aus dem Wohnungslehd herausbringen kann. Die Frage über die Beseitigung aller Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und die tüchtigste Senkung aller Löhne sollte die Grundlage für die Verhandlungen bilden.

Bücherschau.

Die hier besprochenen Bücher können vom Verlage dieser Zeitschrift bezogen werden.

Handbuch der kaufmännischen Holzverwertung und des Holzhandels. Für Waldbesitzer Forstwirte, Holzindustrielle und Holzhändler. Von Ingenieur Dr. i. c. Leopold Hufnagel. Neunte, vermehrte und verbesserte Auflage. Verlag Paul Parey, Berlin SW 11, Hedemannstraße 10 u. 11. Preis: Grundzahl 14.

Das vorliegende Werk behandelt in sechs Abschnitten die ganze umfangreiche Materie der Holzverwertung und des Holzhandels in nachstehender Reihenfolge: 1. Holzverkauf und Holzhandel im allgemeinen; 2. Der Holzhandel in den einzelnen Staaten; 3. Die einzelnen Holzsortimente; 4. Der Brettsägenbetrieb; 5. Die Sortimente der einzelnen Holzarten und der Handel damit; 6. Das öffentliche Transportwesen. Mit der Herausgabe dieses Handbuchs ist einem dauernden Bedürfnis entsprochen worden, denn immer neue Kreise von Hölzwerkzeugern und Käufern fühlen die wirtschaftliche Notwendigkeit, das Holz auf das Beste zu verwerten, was jedoch nur bei der genauesten Kenntnis aller Sortimente und deren verhältnismäßigen Preislage möglich ist. Diese Aufschlüsse werden hier in reichem Maße gefunden. Auch als Lehrbuch der Holzhandelskunde wird das Werk gute Dienste leisten und ist daher seine Anschaffung nur zu empfehlen. K.

Handeisteil.

Eisen.

Die Walzisenpreise. Im Gegensatz zur bisherigen Gewohnheit hat der Richtpreisausschuß des Stahlbundes aus bisher nicht mitgeteilten Gründen davon abgesehen, seine letzten Preisfestsetzungen in der üblichen Weise zu veröffentlichen. Wie aus Fachkreisen mitgeteilt wird, lauten die Preise ab 22. August (in 1000 Mk.): Formeisen 47 329, Stabeisen 47 500, Bandeeisen 59 193, Walzisen 59 331, Großbleche 52 539, Mittelbleche 3 bis 5 Millimeter 59 808, Feinbleche 1 bis 3 Millimeter 71 125, unter 1 Millimeter 79 184. Der Überpreis beträgt 150 000 Prozent. Obige Preise basieren auf einem Pfundpreis von 5 Mill., d. h. beim Stande von 30 Mill. müssen die Beträge mit 6 multipliziert werden, dann plus Überpreis.

Holz.

Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt. Die nord- und ostdeutschen Sägewerke, die in den letzten Wochen den Einschnitt von Bauhölzern, d. h. vom geringwertigeren Rohstoff begonnen haben, sind in arger Verlegenheit um den Absatz der Erzeugnisse. Der Baumarkt liegt vollkommen darnieder, und es sind zahlreiche Bauten in den letzten Tagen stillgelegt worden. Die Sägewerke sind in Sorge, wie sie aus diesen Bauholzschneitten bis zum Beginn der neuen Rohholzeinkäufe das Geld flüssig machen können. Die Situation wird im Rohholzeinkauf um so schwieriger werden, als begründete Aussicht besteht, daß der Forstfiskus, einen Verlangen weiterer Kreise folgend, die Möglichkeiten für die Sägewerksindustrie, zukauftes Rohholz in erworbener Papiermark zu bezahlen, unterbinden wird. Seit kurzem liegen aus den Kreisen der Sägewerksbesitzer und Holzhandlungen reichliche Angebote vor. Bis in die zweite Hälfte des Monats August hinein kaufte man Schnittholz, allerdings nur kleine Mengen, z. B. Stammware zu 4 bis 4 1/2 Sterl. je Kubikmeter frei Grenze, d. h. zu dem Weltmarktpreise, unter Anrechnung des Kurses am Zahlungstage. Heute treten nur vereinzelt Holzkäufer auf und nehmen nur zu Angeboten Stellung, die sich unter der Weltmarktparität bewegen. In den dringenden Offerten einzelner Kreise, die gewissermaßen für jeden Papiermarkpreis verkaufen wollen, um nur Geld herbeizuschaffen, spiegelt sich zur Zeit die Not des deutschen Holzgewerbes wieder. Auch im Ausland, namentlich in Polen, erkennt man bereits föhlar die schwierige Lage des deutschen Holzmarktes. Auch aus Polen liegen größere Angebote in Schmittböhlern aller Arten vor. Allerdings bewegen sich die dortigen Forderungen auf Grund der bisherigen Sterl.-Preise in die Höhe einer Rückwirkung der Situation in Deutschland ist auch die Lage an allen anderen internationalen Holzmärkten sehr ungünstig. Der holländische Holzmarkt verhält sich teilnahmslos und der englische Holzhandel kauft z. Zt. nur gewisse Spezialabmessungen (d. h. schmalere Bohlen). Die breite Ware, die sonst gekauft wurde, ist vernachlässigt.

Dachziegel.

Die Vereinigung Schlesiischer und Lausitzer Dachziegelwerke e. V., setzte mit Wirkung vom 27. August 1923 folgende Preise fest
Biberschwänze mit einer Wasseraufnahmefähigkeit von über 6%: Klasse I Mk. 128 400 je Stück
Biberschwänze mit einer Wasseraufnahmefähigkeit bis 6%: Klasse I Mk. 136 600
Holländische Piannen, Bedarf 16—18 Stück je qm Klasse I Mk. 201 700
Strangfalzziegel, 27 Stück auf 1 qm, Klasse I Mk. 201 700
Firstziegel, einfachstes Model, 3 Stück je m Mk. 527 000

Zement.

Starke Erhöhung des Zementpreises. Mit Wirkung ab 27. August 1923 beträgt der Höchstpreis für 10 000 kg Zement ohne Fracht und Verpackung im Gebiete des Deutschen Reichs 920 700 000 Mk. (ab 23. bis einschließlich 26. August 530 000 000 Mk.). Die Lieferungsbedingungen und Kleinverkaufszuschläge sind unverändert geblieben.

Dachpappe.

Neue Richtpreise für Dachpappe. Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat am 29. August d. Js. die folgenden neuen Richtpreise für Dachpappe festgesetzt: a) für Dachpappe mit Rohpappeneinlage: 80er 0,85, 100er 0,69, 150er 0,48, 200er 0,38 Goldmark je qm, b) für Isolierpappe mit Rohpappeneinlage: 80er 1,51, 100er 1,13, 125er 0,94 Goldmark je qm. Diese Preise verstehen sich für waggonweise Bezug frei Versandstation bei sofortiger Barzahlung in Papiermark. Die Anrechnung erfolgt unter Zugrundelegung des amtlichen Dollarkurs zum Tage vor der Zahlung. Außerdem sind für Dacharbeiten unter Zugrundelegung eines Dollarkurses von 6,3 Millionen Mark die folgenden Richtpreise herausgegeben worden: 1. für die Herstellung eines doppel-lagigen Klebepappdaches aus einer Lage 100er und einer Lage 150er-Dachpappe 4 470 000 Mark, 2. für die Herstellung eines doppel-lagigen Kieppappdaches aus einer Lage 100er und einer Lage 150er-Dachpappe 4 830 000 Mark, 3. für das Überbleiben eines alten Pappdaches mit einer Lage 100er-Dachpappe 2 950 000 Mk., 4. für den Anstrich eines alten Pappdaches 335 000 Mark. Diese Preise gelten für 1 qm Dachfläche bei Arbeiten für wenigstens 1000 qm Gesamtfläche am Platze des Ausführenden unter normalen Verhältnissen.

Kalk.

Die Preise für Kalk: Stückenkalk, Ridersdorfer, 100 kg abschließl. Verpackung fr. Waggon oder Kahn Werk 4,77 Millionen. Gogoliner Stückenkalk 3,35 Millionen, sächsischer Mauerkalk einschließl. Verpackung, 3,26 Millionen, sächsischer Putzkalk dgl. 3,31 Millionen.

Verchiedenes.

Schlesische Sägewerke A.-G. Die Schlesische Sägewerke A.-G., welche im März d. Js. durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß von etwa 80 Sägewerken Schlesiens mit einem Aktienkapital von 300 000 000 Mark gegründet wurde, hatte gleich bei Beginn ihrer Tätigkeit, da ihr größere Mittel zur Verfügung standen, Gelegenheit, durch günstige Einkäufe von Rundholz und Schmittmaterial in kurzer Zeit umfangreiche Bestände zu sammeln. Immer mehr machte sich bei vielen noch nicht angegliederten Sägewerken der Anschlußgedanke geltend, zu dessen Durchführung Ende Juni d. Js. eine Verdoppelung des Aktienkapitals um 300 000 000 Mark vorgenommen wurde. Von diesem Betrage befinden sich noch 150 000 000 Mark zur Verfügung der Gesellschaft, die zur Durchführung der beabsichtigten Ausdehnung verwendet werden sollen. Die Aktien-Neuausgabe wurde im Juli-August d. Js. durchgeführt, und es traten weitere 90 Sägewerke der Gesellschaft bei. Diese Vergrößerung der Gesellschaft hatte immer steigende Umsätze zur Folge, und das Unternehmen konnte sich auf seinen verschiedenen Lagerplätzen in Breslau, sowie in Ober-, Mittel- und Niederschlesien und der Grafschaft Glatz ganz bedeutende Werte schaffen. Die bisherigen Erfolge entsprechen durchaus dem beabsichtigten Zwecke des Zusammenschlusses der schlesischen Sägewerksindustrie.

Inhalt.

Vorschläge für die Organisation des Wohnungsbaues. — Verschiedenes. — Handeisteil.

Verdingungs-Anzeiger und Bauten-Nachweis.

Neu hinzugekommene Ausschreibungen.

8./9. Königsberg Pr.	Reichsbahndirektion	Betonarbeiten	36
8./9. Schwiebus	Eisenbahnbetriebsamt	Erd-, Maurer- u. Zimmerarb.	36
10./9. Oldenburg.	Wasserstraßenamt	Widelerager	36
11./9. Königsberg Pr.	Reichsbahndirektion	Widelerager	36
12./9. Hannover	Reichsbahndirektion	Pfeller u. Widelerager	36
12./9. Schneidemühl.	Eisenbahnbetriebsamt I	Zimmerarbeiten	36
12./9. Münster Westf.	Eisenbahnbauteil.	Unterführung	36
14./9. Heilrichswalde Opr.	Kreisbauamt.	Wegesaubau	36
14./9. Wormaldt Opr.	Eisenbahnbauteil.	Drainageröhren	36
15./9. Braunschweig	Eisenbahnbauteil.	Erd-, Maurer- u. Asphaltarbeiten	36
15./9. Münster Westf.	Reichsbauamt	Erd-, Maurer- u. Asphaltarbeiten	36
15./9. Stargard Pom.	Eisenbahnbetriebsamt	Tischler-, Schlosser- und Glaserarbeiten	36
18./9. Frankfurt a. O.	Eisenbahnbetriebsamt	Dachdeckerarbeiten	36

Bevorstandende, in bezogener Ausgabe des Verdingungs-Anzeigers veröffentlichte Ausschreibungen.

Die rechts stehende Zahl bedeutet diejenige Ausgabe unserer Fachschrift, in welcher die Ausschreibung enthalten ist.

7./9. Birkenwerder Bdg.	Eisenbahnbauteil.	eiserner Ueberbau	35
7./9. Instenburg Opr.	Bauamt f. d. Pregelaltau	Schleusenherstellung	35
7./9. Königsberg Pr.	Reichsbahndirektion	Dachdeckerarbeiten	35
8./9. Königsberg Pr.	Reichsbahndirektion	Klempnerarbeiten	35
8./9. Münster Westf.	Reichsbauamt	Zimmerarbeiten	35
8./9. Neife	Stadtbaumt.	Innenarbeiten	35
12./9. Münster Westf.	Reichsbauamt	Erd-, Maurer- usw. Arb.	35
14./9. Schwiebus Bdg.	Eisenbahnbetriebsamt I	Ziege- u. Dachziegelanl.	35
15./9. Königsberg Pr.	Reichsbahndirektion	Be- u. Entwässerungsanl.	35
15./9. Münster Westf.	Reichsbauamt	Kunsteinarbeiten	35

Inhalt der Verdingungs-Ergebnisse.

20./8. Werne a. Lippe	Eisenbahnbauteilung	Maurerarbeiten	33
-----------------------	---------------------	----------------	----

Ausschreibungen.

Königsberg Pr. 8. September 23, M. 12 Uhr. Reichsbahndirektion, Tierbauteich, Bauabteilung, Ostbahnhof. **Betonarbeiten** (rund 350 cbm) der Fundamente des Beckdeckelchasses auf dem Verschiebebahnhof Königsberg Pr. Bed. 1 Million Mark.

Schwiebus Bdg. 8. September 1923, M. 12 U. Hr. Eisenbahnbetriebsamt Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten zu einem Vierfamilienhause am Gruneh Hatn in Schwiebus, etwa 260 cbm Mauerwerk und 25 cbm Kantbahn. Bed. 160 000 Mk.

Oldenburg. 10. September 23, V. 11.30 Uhr. Wasserstraßenamt. Lieferung der Materialien und Herstellung der **Widelerager** der bei km 3,657 gelegenen Hundsmühl'schen Straßenbrücke für den weiteren Ausbau des Hunte-Ems-Kanals 380 cbm Beton auf 64 Pfählen. Bed. 1 Million Mark.

Königsberg Pr. 11. September 23, V. 11 Uhr. Reichsbahndirektion, Amtsgebäude, Hintere Vorstadt 55 A, Zimmer 127. Herstellung des wöchentlichen **Wideleragers** der Straßen- und Bahnhüterführung in km 589,785 der Strecke Königsberg-Eydtukümen etwa 2000 cbm Stampbeton und 150 cbm Eisenbet. Bed. 3 Millionen Mark.

Hannover. 12. September 23, M. 12 Uhr. Reichsbahndirektion, Verwaltungsgebäude, Zimmer 268. Arbeiten zur **Herstellung der Pfeiler IX-XII** und des westlichen **Landwiderlagers** der Eisenbahnbrücke über die Elbe in km 95 der Strecke Berlin-Lehrte. Die Arbeiten umfassen etwa 5000 cbm Bodensaubau zwischen Spundwänden und die Herstellung von 1600 cbm Pöschelkonto Nr. 22 524, Hannover. Bed. 100 000 Mark.

Schneidemühl. 12. September 23, V. 10 Uhr. Eisenbahn-Betriebsamt I, Zimmerarbeiten zum Bau von fünf Vierfamilien-Wohnhäusern an der Dirschauser Straße in Schneidemühl. Bed. 100 000 Mark.

Münster Westf. 13. September 23, V. 11 Uhr. Eisenbahn-Bauabteilung, Wolbecker Straße 2. Herstellung der **Unterführung** des Kappenbergers Damms in Station 12 und 92,98 der Längshausbahn bei Münster. Etwa 380 cbm Boden auszuheben und 500 cbm Boden einzubringen. Bed. 500 000 Mark.

Heilrichswalde Opr. 14. September 23, V. 10 Uhr. Kreisbauamt, Friedrichstraße 47. Arbeiten zum **Ausbau der 5,3 km langen Wegestrecke Klein-Allgawischen-Aschpalten** als Steinchaussee. Bed. 30 000 Mark.

Wormaldt Opr. 14. September 23, M. 12 Uhr. Reichsbahn-Bauabteilung, Lieferung von rund 11 000 **Drainageröhren** für Bahnhäuser einer Reichsbahnstation. Bed. 150 000 Mark.

Braunschweig. 15. September 23, V. 11 Uhr. Reichsbahn-Bauabteilung, Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten zur Herstellung der **Pundamente** und des Kellergeschosses für das Verwaltungsgebäude der Hauptwerkstatt. Bed. 1 Million Mark.

Münster Westf. 15. September 23, V. 11 Uhr. Reichsbauamt, Steinfurter Straße 42. Erd-, Maurer- und Asphaltarbeiten zur Erweiterung des 350 cbm Bodenraumes in Ibbenbüren, Kreis Tecklenburg. Ungefährliche Mengenwerk (ohne Steinlieferung). 150 cbm Bruchstein- bzw. Ziegelsteinmauerwerk (ohne Betonlieferung), 1600 qm Außen- und Innenputz, 400 qm Spalterdeckenputz, 40 qm Asphaltisolation. Bed. 200 000 Mark.

Stargard Pom. 15. September 23, V. 11.30 Uhr. Eisenbahn-Betriebsamt, Schreiner-, Schlosser- und Glaserarbeiten zum **Ausbau eines Lokschuppens** und einer Betriebswerkstatt auf Bahnhof Arnsvalde in 2 Lössen. Bed. je 80 000 Mark.

Die **Ausführung der Dachdeckerarbeiten** für den Erweiterungsbau des Lokschuppens im Verschiebebahnhof Frankfurt/Oder soll im Wege öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Bedingungen können gegen portofreie Einsendung von 300 000 Mark in bar bezogen werden. Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 18. September 1923, vorm. 11 Uhr, an das unterzeichnete Betriebsamt versiegelt und postfrei einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage. Frankfurt/Oder, den 29. August 1923. Eisenbahn-Betriebsamt.

Verdingungs-Ergebnisse.

Erhaltenes **Verdingungszuschläge** bitten wir uns gefl. mitzuteilen, da wir die Namen im Interesse der Unternehmer wie auch der Leser gern veröffentlichen. Verlag Paul Steink.

Werne a. Lippe, 20. August 23. Ausführung von **Maurerarbeiten** (rund 400 cbm Mauerwerk) für den **Neubau des Empfangsgebäudes auf Bahnhof Werne a. Lippe.** (Nr. 33)

Töle & Co., Hamm	3 460 090 695
Kortz, Werne (Bez. Münster)	9 744 264 930
Osthus, Köln (Hamm)	12 197 226 000
Bierenfeld & Krugmann, Lünen	14 590 955 830

Bauten-Nachweis.

Ostdeutschland.

Bouthen O.-S. Das Kaufhaus Gebr. Barasch wird mit dem 1. Januar 1924 aufgelöst. In dem Zwei-Etagenbau, der sich am Kaiser-Franz-Joseph-Platz befindet, wird ein erstklassiges Café und Variété eröffnet werden. Die Bauplaner des Projektes sind der Kaufmann Pförtner und der Gastwirt Hohrel.

Breslau. Siedlungs-Gesellschaft 94/96. **Neubau** zu vier Wohnhäuser. Begonnen. Bauh. Siedlungs-Gesellschaft Breslau, Aktien-Gesellschaft, Schulbrücke 74 A. Ausf. Bahnhüte, Stolzestraße 2.

Bunzlau Schles. Eine Erweiterung der Sparkassenruhe soll dadurch herbeigeführt werden, daß auf das Feuerwehrgelände, das an das Sparkassengebäude angehängt ist, zwei Stockwerke aufgesetzt werden. An Kosten werden etwa 90 000 Goldmark entstehen.

Cosel O.-S. Mit dem heutigem Beginn der Bauarbeiten an dem in der Nähe der städtischen Turnhalle angelegten **Bauten** geht es nun langsam vorwärts. Ein Haus ist bereits gerichtet, mehrere weitere Häuser harren der Fertigstellung.

Dankwerth, Kreis Schlawe Pom. **Neubau** eines Landhauses. Bauh. Kithier a. Arnholz, Rügenwalde. Entwurf und Bau, Architekt BDA.

Stoll Pom. Kleine Ackerstraße 24.

Domnau Opr. Auf dem heutigem Postgrundstück soll ein Vierfamilienhaus für unter Beamte errichtet werden. Bauh. Postbaubüro der Oberpostdirektion, Königsberg Pr.

Drossen Bdg. Zum Bau einer Scheune wurde dem Brauereibesitzer Eydelen von der Stadt ein 150 qm großes Gelände verkauft.

Frankfurt a. O. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte 700 Millionen Mark für den **Umbau der Feuerwache**.

Fraustadt. Zur Erbauung von Wohnungen hat die Stadt der Reichseisenbahnverwaltung Bauland überlassen.

Gleitwitz. In der am 3. August stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, den 7800 qm großen Bauplatz der Wilhelmstraße und Markgrafenstraße zu einem Preise von 70 000 Mark für das Quadratmeter an die Hotel- und Bürohäuser-Aktien-Gesellschaft in Breslau zu verkaufen. Diese Gesellschaft verpflichtet sich verteilbar innerhalb von sechs Monaten mit dem Bau eines Hotels von 200 Fremdenzimmern zu beginnen und ihn spätestens innerhalb zwei Jahren zu Ende zu führen. Ein Einbruch ist daran anschließend spätestens innerhalb zweier weiterer Jahre zu errichten. Die Baupläne sind im Einvernehmen mit dem städtischen Hochbauamt aufzustellen.

Glogau. Die Siedlungs-Gesellschaft der Eisenbahnbediensteten erhält von der Stadt das Gemeindegelände zum Bau eines **Zweifamilien-Doppelhauses**.

Königsberg Pr. **Broddbänkenstraße 25.** Umbau des Keller- und Erdgeschosses. Genehmigt. Bauh. Firma Kiewe u. Bnsalt. Bauh. Architekt Klein, Königsberg.

— **Bielowstraße 17.** Dachgeschloßbau. Genehmigung nachgesucht. Bauh. Alexander Rutsch. Bauh. Krause, Königsberg.

— **Claustraße 15.** Dachgeschloßbau. Genehmigung nachgesucht. Bauh. Dr. Alex. Richter. Bauh. Neufamilienhaus.

— **Exerzierplatzstraße.** **Neubau** Neufamilienhaus. Genehmigt. Bauh. und Bauh. Heeresbauverwaltung.

— **Hornstraße, Ecke Belowstraße.** **Neubau** von 22 Beamtenwohnungen. Genehmigung nachgesucht. Bauh. und Bauh. Wohnstätten-Gesellschaft, Königsberg.

— **Rudower Weg.** **Neubau** Beamten-Wohnhäuser. Genehmigung nachgesucht. Bauh. und Bauh. Stiftung für gemeinnützigen Wohnungsbau, Königsberg.

— **Tharauer Straße 12.** **Neubau** Dienstwögengebäude. Genehmigung nachgesucht. Bauh. Handels- und Transport-Gesellschaft, Königsberg. Bauh. Sandmann, Königsberg.

— **Tragheimer Pulverstraße 39.** **Aufstockung** des Werkstattgebäudes. Genehmigt. Bauh. Pyko. Bauh. Rieck, Königsberg.

— **In der Zeit** von hier an entfallen 19 auf Wohnbauarbeiten, 108 auf Kreuzburg O.-S. Die Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft (Vorsitzender Regierungsbaumeister Eichhorn) errichtet westlich der Pilscheuer Straße mehrere Wohnhäuser.